



Wir fordern eine moderne und glaubwürdige Sicherheitspolitik

Die globale sicherheitspolitische Lage hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert, vor allem auch in Europa und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Darum muss die Schweiz ihre Sicherheitspolitik dringend der neuen Lage anpassen. Gestützt auf die Erfahrungen in der Ukraine und im Nahen Osten sowie Entwicklungen verschiedenorts mit geopolitischen Auswirkungen postulieren wir:

Neue Instrumente für die Führung der Schweiz in Krisen: Die Landesregierung braucht einen permanenten departementsübergreifenden Krisenstab, der bei Krisen aller Art sofort einsetzbar ist. Dazu braucht unser Land einen sicherheitspolitischen Bericht, der in kurzen Abständen immer wieder den Gegebenheiten angepasst wird und gemachte Vorgaben periodisch überprüft.

Aussenpolitik: Die Schweiz muss sich im Klaren darüber sein, dass sie zu den meist globalisierten Ländern der Welt gehört und sich zu den Staaten zählt, die sich zu den Werten Freiheit, Demokratie, Rechtsaat und Menschenrechte bekennen. Die Schweiz ist Mitglied der Uno und hat die entsprechende Charta ratifiziert. Ihre Neutralitätspolitik hat sich auf diese Charta auszurichten und nicht mehr alleine auf das Haager Abkommen von 1907 mit der dort vorgeschriebenen Gleichbehandlung aller Kriegsparteien. Die Schweiz muss sich auch bewusst sein, dass sie bisher immer vom atomaren Schutzschirm der USA und des europäischen Nato-Dispositivs profitiert hat. Zudem hat die Schweiz die Fähigkeit einer autonomen Landesverteidigung völlig aufgegeben respektive verloren.

Zivilschutz: Der Zivilschutz muss wieder mehr Beachtung erfahren und sich auf kriegerische Ereignisse vorbereiten. So sind die bisherigen Schutzraumkonzepte diesbezüglich zu überprüfen. Weiter ist der Zivilschutz materiell besser auszurüsten und durch eine Fusion mit dem Zivildienst personell aufzustocken.

Die Armee muss wieder in die Lage versetzt werden, Land und Leute im Fall eines bewaffneten Konfliktes zu verteidigen und einen solchen durchzuhalten. Dafür ist die Ausrüstung der Armee zu modernisieren und zu ergänzen. Das gilt vor allem für die Bodentruppen. Bei der Luftverteidigung ist den neuen Trends in Richtung Drohnenkriege und elektronische Kriegsführung grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Auch müssen die personellen Ressourcen aufgestockt werden. Die vom Parlament beschlossene Aufstockung der Armeeausgaben auf 1% des BIP sollte bis spätestens 2030 erreicht werden.

Information und Desinformation: Die Schweiz muss eine Krisenkommunikation unter besonderer Berücksichtigung des Föderalismus aufbauen, die sofort in Einsatz treten kann. Ferner muss sich die Schweiz mehr dem Thema Desinformation widmen und geeignete Massnahmen prüfen, Desinformationskampagnen zu erkennen und abzuwehren.

Generell wollen wir, dass die Bevölkerung, die Politiker und die Verwaltungen der Schweiz endlich realisieren, dass wir es mit ausserordentlichen Veränderungen der Weltgeschichte zu tun haben, die ausserordentliche Massnahmen verlangen.

Erläuterungen

Einleitung

Die Stiftung Lilienberg Unternehmerforum setzt sich seit ihrer Gründung engagiert und mit Nachdruck für eine umfassende Sicherheitspolitik und eine glaubwürdige Armee ein, denn Wohlstand und Wohlfahrt beruhen auf einem freien Unternehmertum sowie auf eine freiheitlich-demokratische Ordnung mit Rechtsstaat unter Einhaltung der Menschenrechte und des internationalen Völkerrechtes. Diese Werte bilden auch die Grundlage unseres Staates und müssen darum geschützt und verteidigt werden. Eine umfassende Sicherheitspolitik bezieht alle Mittel und Möglichkeiten ein, die der Staat, aber auch seine Bevölkerung haben, um diese Werte zu verteidigen.

Die Zeichen auf Sturm – vor allem in Europa und seiner Nachbarschaft

In Europa stehen die Zeichen auf Sturm: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und das weltweite Erstarken autoritärer und demokratiefeindlicher Kräfte bedrohen in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nie mehr dagewesenen Masse die politische Ordnung sowie die demokratisch-freiheitliche Staatenwelt, die sich auf Menschenrechte und völkerrechtliche Prinzipien beruft. Europa mit seiner langen Grenze gegenüber Russland ist in einem besonderen Masse herausgefordert, ja ein grösserer Krieg ist nicht mehr ausgeschlossen, sondern rückt rasch in den Bereich der Möglichkeit. Und die Schweiz ist mit ihrer aktuellen Sicherheitspolitik nicht darauf vorbereitet. Die Schweizer Politik hat grossmehrheitlich noch nicht begriffen, dass der Ukrainekrieg und seine Auswirkungen, aber auch der Nahostkrieg, die Situation im Fernen Osten (China und Taiwan) sowie die bewaffneten Auseinandersetzungen in Afrika ganz ausserordentliche Ereignisse der Weltgeschichte sind und dass deshalb entsprechende ausserordentliche Anstrengungen zwingend sind.

Das folgende Papier soll aufzeigen, wie sich die Schweizerische Sicherheitspolitik den neuen Gegebenheiten in Europa anpassen kann, damit unser Land auf den Ausbruch eines grösseren bewaffneten Konfliktes vorbereitet ist – und nicht wieder überrascht wird, wie das in den unterschiedlichen Krisen der jüngeren Vergangenheit immer wieder der Fall gewesen ist. Für unsere Arbeit haben wir – entsprechend den Erfahrungen, die in den Kriegen in der Ukraine und in Gaza gemacht wurden – fünf Bereiche identifiziert, in denen ein dringender Handlungsbedarf besteht, nämlich Führung in Krisen, Aussenpolitik, Zivilschutz, Armee und Informationspolitik respektive Desinformation.

Neue Instrumente für die Führung der Schweiz in Krisen

Die Schweiz braucht einen departementsübergreifenden Krisenstab, der parallel zur Bundeskanzlei im Organigramm angesiedelt ist. Der Krisenstab besteht aus einem Delegierten des Bundesrates und einem permanenten interdisziplinärem Team sowie einem Milizteil von Fachleuten aus verschiedenen Bereichen. Dieser Krisenstab antizipiert Krisen aller möglichen Art und arbeitet entsprechende Massnahmen aus. Er legt dem Bundesrat - oder je nach Lage bzw. Beschluss des Bundesrates - dem Sicherheitsausschuss des Bundesrates die Beurteilung der Lage vor und stellt Anträge. Droht eine Krise unmittelbar oder bei deren Eintreten ist der Krisenstab sofort einsatzbereit und kann rasch die notwendigen Fachleute aus dem Milizteil einbeziehen.

Zwingend ist eine Neukonzeption des sicherheitspolitischen Berichtes, der sich in seiner bisherigen Form und Erscheinungskadenz als wenig tauglich erwiesen hat. Der Sicherheitspolitische Bericht darf nicht mehr das Ergebnis einer weitgefassten Vernehmlassung sein, sondern muss ein Führungsinstrument des Bundesrates sein: Knapp und stringent gehalten, klare Forderungen und Kontrolle des Erreichten enthalten.

Aussenpolitik: Schweiz muss sich zu den freiheitlich-demokratischen Prinzipien bekennen

Der Schweizer Bevölkerung und die Politik muss sich ganz bewusst sein, dass unser Land zu den am meisten globalisierten Staaten der Welt gehört und dass die Schweiz sich als demokratisches Land klar und unmissverständlich zu den Werten Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte bekennt und diese nach Möglichkeiten fördert, unterstützt und verteidigt. Die Schweiz muss sich auch bewusst sein, dass sie seit mehr als 20 Jahren Mitglied der Uno ist und damit alle Verpflichtungen eingegangen ist, die mit einer Uno-Mitgliedschaft verbunden sind. Die Schweiz muss sich vor allem bewusst werden, dass sie sich in Sachen Neutralität nicht mehr auf das Haager Abkommen von 1907 mit der dort verlangten Gleichbehandlung aller Kriegsparteien berufen darf, sondern sich nach den Richtlinien der Uno und ihrer Charta zu richten. Die Uno-Prinzipien sind neues Recht, das Haager Abkommen altes Recht.

Die Schweiz muss sich auch im Klaren darüber sein, dass die bewaffnete Neutralität im historischen Sinne heute nicht mehr möglich ist respektive keinen Sinn mehr macht:

- Die Schweiz ist Mitglied der Uno und hat die entsprechende Charta ratifiziert. Die Uno akzeptiert Krieg – wie er in der Ukraine stattfindet - nicht. Daher ist es nicht mehr gerechtfertigt, beide Kriegsparteien – Aggressor wie Angegriffene – gleich zu behandeln, wie das das Haager Abkommen von 1907 vorschreibt.
- Die Schweiz hat die Fähigkeiten einer völlig autonomen Landesverteidigung völlig aufgegeben respektive verloren.
- Die Schweiz muss sich auch wirklich bewusst sein, dass sie während des Kalten Krieges dauernd unter dem atomaren Schutz der USA (und der europäischen Nato-Mitglieder stehen konnte), die heute noch Garantin für eine freiheitliche Weltordnung sind, aber nicht mehr im gleichen Masse wie früher.

Der Zivildienst muss kriegstauglich werden

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der bewaffnete Konflikt im Nahen Osten zeigen klar auf, dass die Zivilbevölkerung am meisten darunter leidet und hohe Opfer zu beklagen hat. Darum muss dem Zivildienst eine weit grössere Aufmerksamkeit zuteile werden als das bisher der Fall war. Der Schweizer Zivildienst ist deutlich besser als sein Ruf. Doch der Zivildienst ist nicht mehr auf kriegerische Ereignisse vorbereitet. Hier besteht ein grosser Nachholbedarf. Dem Zivildienst fehlen modernes Material, persönliche Schutzausrüstung mit Splitterschutz und vor allem Leute, da einerseits die Armee die Tauglichkeitskriterien gelockert hat und andererseits der Zivildienst den Zivildienst (wie auch die Armee) konkurrenziert.

Im Weiteren ist zu überlegen, ob das heutige Schutzraumkonzept noch zeitgemäss ist:

- Ist es noch sinnvoll, wenn jedes Haus seinen vollausgerüsteten Schutzraum hat angesichts der Tatsache, dass die meisten Menschen in unserem Lande den Tag weit weg von zu Hause verbringen?
- Ist es noch sinnvoll, die Schutzräume so zu konzipieren, dass die Menschen tagelang darin verbringen können, wie man sich das in 60er Jahren vorgestellt hatte?

Zivildienst und Zivildienst sind zu fusionieren, damit die personellen Ressourcen besser im Interesse einer umfassenden Sicherheitspolitik eingesetzt werden können.

Die Armee muss sich wieder auf ihren Hauptauftrag einstellen

Die Armee muss den verfassungsmässigen Hauptauftrag, den Schutz von Land und Leuten wieder erfüllen können. Die Armee muss wieder in die Lage versetzt werden, das Land in einem bewaffneten Konflikt zu verteidigen. Dementsprechend ist sie wieder auszurüsten und personell zu alimentieren. Zudem müssen kritische Infrastrukturen durch die Armee geschützt werden.

Die Armee muss gemäss Vorschlag VBS (im Papier «die Verteidigungsfähigkeit stärken», im so genannten Schwarzbuch) umgehend wieder aufgebaut werden. Die vom Parlament beschlossene Aufstockung der Armeeausgaben auf 1% des BIP sollte bis spätestens 2030 erreicht werden. Das Thema Cybersicherheit ist übergreifend zu behandeln.

Die Luftverteidigung ist mit der Beschaffung der F 35 und der Patriot Lenkwaffe auf dem richtigen Weg. Allerdings sollte sie mit den modernsten Mitteln gegen alle militärischen bzw. terroristischen Gefahren aus der Luft zusätzlich gestärkt werden.

Bei den Bodentruppen sieht es bedenklich aus, vor allem bei der Artillerie, den Panzern und bei den geschützten Mannschaftstransportern besteht ein grosser Nachholbedarf. Ebenfalls fehlt es an genügend Munition für einen Verteidigungskrieg sowie an geschützten Unterständen für Personen, Material und Logistik. Weiter fehlt der Armee genügend Personal. 100'000 Ada's sind zu wenig.

Information und Desinformation

Hier braucht es, am besten eingegliedert im oben erwähnten Krisenführungsstab, einen Kommunikationschef, einen «Mr. Sicherheit Schweiz», den dann alle in der Schweiz kennen. Damit können Informationen der Landesregierung im Krisenfall kompetent und glaubwürdig übermittelt werden. Allerdings bleibt das föderalistische System und bildet eine Schwierigkeit.

Dem Thema Desinformation muss weit mehr Beachtung geschenkt werden. In modernen Konflikten spielt die Desinformation der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Es sind Massnahmen zu evaluieren, welche die Medienkompetenz der Bevölkerung, aber auch die Basis von glaubwürdigen Medien stärkt, die von kompetenten und gut ausgebildeten Journalistinnen und Journalisten geführt werden.

Autor: Christoph Vollenweider, Leiter Programm & Publikationen

An diesem Dokument mitgearbeitet haben neben dem Autor:

Christian Brändli, Chefredaktor Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ)
Markus Gyga, ehemaliger Kommandant Schweizer Luftwaffe
Hans-Peter Hulliger, Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Lilienberg Unternehmerforum
John Hüsey, ehemaliger Präsident AVIA
Hans-Peter Schmid, Leiter Amt für Bevölkerungsschutz und Armee Kanton Thurgau

Stiftung LILIENBERG Unternehmerforum
Blauortstrasse 10, CHF-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 21 00, info@lilienberg.ch, www.lilienberg.ch